

# Neubauer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weib, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Albern.

Nr 8

Sonnabend, den 18. Januar 1930

43. Jahrgang

## Frankreich hat Recht behalten!

Warum Snowden Einpruch erhob.

Haag, 17. Januar.  
Wie vorausgesehen, ist in der Sanktionsfrage die Vereinbarung erfolgt, die diesen Streitpunkt endgültig bereinigen soll. Auf die in ihr enthaltenen Klippen ist schon des öfteren hingewiesen worden, heute muß gesagt werden, daß sie nach wie vor noch bestehen, trotz der schlichten und wortreichsten Auslegungen beider Seiten.  
Die Vereinbarung wird allgemein dahin aufgefaßt, daß Deutschland im Falle einer bestehenden Entscheidung des ständigen Internationalen Saager Gerichtshofes lediglich von einer Gläubigermacht ergriffene Maßnahmen politischer oder militärischer Art als berechtigt ansieht und somit eine etwaige Weigerung des Gebietes in einem solchen Fall nicht als einen Vertragsbruch an sich zu betrachten.  
In diesem Zusammenhang gewinnt die Erklärung des englischen Schiedsrichters Snowden in der entscheidenden letzten Sitzung der letzten Woche besondere Bedeutung. Nach dieser Erklärung scheint die englische Regierung die nunmehrige Vereinbarung dahin beizulegen zu wollen, daß nur ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Gläubigermächte die vorgezeichneten Folgen eines deutschen Vertragsbruches auslösen kann, nicht aber jede einzelne Gläubigermacht von sich aus einschreiten darf. Die Vereinbarung stellt jedoch demgegenüber ausdrücklich die Handlungsfreiheit jeder einzelnen Gläubigermacht unabhängig von der politischen Stellungnahme der übrigen Gläubigermächte fest.

### Die Sanktionsvereinbarung.

Die Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Gläubigermächten in der Sanktionsfrage bilden einen Artikel 4 des Schlußprotokolls und einen Anhang zu diesem Artikel, der die Hauptvereinbarungen zwischen Deutschland und den Gläubigermächten über die Sanktionsfrage enthält. Artikel 4 sowie der Anhang sind in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt. Der deutsche Text ist in gleicher Weise mitgeteilt wie der französische und englische.  
Die jetzt getroffene Vereinbarung sieht vor, daß der ständige Internationale Saager Schiedsgerichtshof darüber zu entscheiden hat, ob die deutsche Regierung, Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu jettieren. Nach der heutigen Vereinbarung hat jede einzelne Gläubigermacht das Recht, die Klage auf Vertragsbruch gegen Deutschland selbständig vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen und gewinnt bei der Entscheidung gegen Deutschland volle Handlungsfreiheit, ohne daß damit die Stellung der übrigen Gläubigermächte in irgendeiner Weise berührt wird.

### Reparationskommission schiegt auf

Die alliierten Gläubigerstaaten haben mit Deutschland vereinbart, daß auf Grund der bereits veröffentlichten Vereinbarungen über die Regelung der Sanktionsfrage nunmehr der Artikel 4 des Schlußprotokolls der Haager Abmachungen folgende Fassung haben soll:  
Mit Angangnahme des neuen Planes werden das Büro für die Reparationsfragen und die damit zusammenhängenden Stellen in ... aufgehoben, und die Reparationskommission mit Deutschland finden ein Ende. Unter dem Namen des neuen Planes bleiben nur diejenigen Funktionen bei diesen Stellen bestehen, deren Fortbestand durch den neuen Plan notwendig gemacht wird. Diese Funktionen werden auf den entsprechenden Sonderausweis der B33 übertragen.

### Das Urteil der Neutralen.

In neutralen Kreisen hört man übereinstimmend das Urteil, daß die Regelung der Sanktionsfrage für Deutschland eine neue schwere Belastung bedeutet. Es wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß diese Vereinbarung die Möglichkeiten von Sanktionsmaßnahmen qualifiziert habe.  
Die Sage Deutschlands wird als wesentlich verwickelter angesehen. Nach der bisherigen Regelung wurden Sanktionsmaßnahmen als einseitiger Gewaltakt einer Gläubigermacht von der öffentlichen Meinung der Welt empfinden, während nun Deutschland freiwillig den Gläubigern das Recht einräumt, Sanktionsmaßnahmen auf dem Wege einer qualifizierten Entscheidung des Saager Gerichtshofes vorzunehmen, ohne daß Deutschland hierbei irgendwelche Mittel des Protestes oder des Widerstands in der Hand behalte.  
Auch die amerikanische Presse hat die Sanktionsregelung als eine Niederlage Deutschlands dargestellt. Auf amerikanischer Seite wird besonders unterstrichen, daß die bisherigen Erklärungen der deutschen Minister in der Sanktionsfrage im höchsten Grade gegen die tatsächlich jetzt getroffene Regelung stehen.

### Zwei Staatsverträge für die B33.

Wien, 17. Januar. Die Schwierigkeiten, die die schweizerische Verletzung einer unbeschränkten Niederlassung der B33, auf schweizerischem Gebiet entgegensteht, sollen nun dadurch gelöst werden, daß man im Haag versucht, zwei Staatsverträge abzuschließen, von denen der eine auf 15 Jahre lautet, der andere unbefristet ist. Beide sollen gleichzeitig abgeschlossen und unterzeichnet werden. Der Vertrag

auf 15 Jahre würde die sofortige Aufnahme der Tätigkeit der Bant sichern, während der andere nach Genehmigung durch den Bundesrat und die Bundesversammlung der Volksbestimmungsanstalt unterworfen ist, die sich auf alle Staatsverträge bezieht, die über 15 Jahre hinaus gültig sind. Nach Ablauf der für die Klauel notwendigen Frist von 90 Tagen könnte also auch dieser Vertrag in Kraft treten. Dadurch würde dann der erste Vertrag, der auf 15 Jahre lautet, hinfällig.

### Banken werden über die Mobilisierung befragt.

Die Mobilisierungsfrage ist in der Konferenz der sechs einladenden Mächte von neuem Gegenstand langwieriger Verhandlungen gewesen, ohne daß jedoch eine Einigung zustande kam. Finanzminister Woldenauer hat mit großer Entschiedenheit die französische Forderung einer Sperrfrist bis zum 1. Oktober 1930 für die Aufnahme deutscher Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis, daß derartige Verpflichtungen hinsichtlich der Reichsbank und der Reichspost unter keinen Umständen angenommen werden könnten.

Reichsfinanzminister Woldenauer hat jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Mobilisierungsfrage von der Haltung des amerikanischen Kapitalmarktes abhängig sei. Die Ansprache wurde jedoch zunächst unterbrochen. Es wurde beschloffen, am Nachmittag eine interne Vorgesprächung mit den im Haag weilenden Vertretern der Banken unter Sinsingelung des Vorsitzenden des Bankenausschusses, Reynolds, abzuhalten. In dieser Vorgesprächung, an der die französischen und deutschen Finanzministerpräsidenten und Reichsbankpräsident Dr. Schaaf teilgenommen werden, wird die Lage des internationalen Kapitalmarktes, insbesondere die Haltung des amerikanischen Kapitals hinsichtlich der Mobilisierung deutscher Reparationsgelder geprüft werden.

Der Präsident der Reichsbankgesellschaft, Dormüller, ist ersucht worden, sich sofort nach dem Haag zu begeben und trifft am Freitag früh hier ein.

### Die Amerikaner gegen das Saager Ergebnis?

Die Verhandlungen in der Mobilisierungsfrage haben die Tatsache in den Vordergrund treten lassen, daß die Mobilisierung der deutschen Reparationsgelder jetzt im wesentlichen von dem amerikanischen Kapitalmarkt abhängig und daher die endgültige Regelung ohne amerikanische Mitwirkung überhaupt undenkbar ist. Eine Annahmehaltung des internationalen Kapitalmarktes hinsichtlich der Aufnahme des Bonds ohne die maßgebenden amerikanischen Finanzkreise, wie sie in der Saager Verhandlungen versucht wird, erscheint jedenfalls als ausgeschlossen.

In den Vordergrund tritt also die entscheidende Frage getreten, ob die Unterbringung der deutschen Reparationsgelder nach den bisherigen Ergebnissen und insbesondere den politischen Verhältnissen der Saager Konferenz nach als günstig anzusehen ist. Es besteht der Eindruck, daß die Abänderungen des Hauptplans und die Beihilfe der Saager Abmachungen nicht ohne Nebenwirkungen auf den internationalen Kapitalmarkt sein werden.

### Keine Reparationsverhandlung mit Ungarn.

Regelung mit Bulgarien fast erreicht.

Haag, 17. Januar.  
Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Mächten der Kleinen Entente und Ungarn in der Reparationsfrage haben die Klarstellung vertriebt, daß auf der Saager Konferenz eine Einigung in den drei grundlegenden Fragen:  
1. genaues Schiedsgericht,  
2. Liquidation der Bergangehörigkeit,  
3. ungarische Reparationsfrage,  
nicht erzielt werden kann.

Eine gewisse Annäherung zwischen dem ungarischen und gegenwärtigen Standpunkt ist lediglich hinsichtlich der Regelung gewisser Agrarforderungen erzielt worden. Zurzeit sind Besprechungen im Gange, in welcher Weise bei dem für Sonnabend erwarteten Abschluß der Konferenz ein offener Widerspruch der Verhandlungen in der ungarischen Reparationsfrage vermieden und eine Fortsetzung gewährleistet werden kann.

In der bulgarischen Reparationsfrage fand eine Unterbrechung zwischen dem rumänischen Außenminister Titulescu und dem bulgarischen Außenminister Buroff über das beschlagnahmte bulgarische Eigentum in Rumänien statt. Dieser Streitpunkt ist die einzige noch offene Frage, welche einer Regelung mit Bulgarien im Wege liegt.

### Sie hegen noch zu wenig.

Ein Aufruf für polnische Journalisten.

Warschau, 17. Januar.  
Der schon mehrfach erwähnte Propagandabureau für polnische Journalisten in Thorn über die Bedeutung des Korridors für Polen ist nunmehr abgeschlossen. In den letzten Tagen sollen die Beiträge des Oberstleutnants Baginski und des Redakteurs Smogorzewski besondere Beachtung gefunden haben. Baginski führte u. a. aus, daß Polen keinen Wirtschaftsbottgen zu fürchten brauche, wenn sich der Seehandel in seinen Händen befände. Polen müßte sich von

der fremden offenkundigen Vermittlung freimachen und auf diese Weise den Wohlstand des Volkes heben.

Rebator Smogorzewski hatte sich, die deutsche revolutionäre Propaganda im Ausland zum Thema gewählt. Er erklärte u. a., daß Deutschland eine gemaltige Propaganda gegen das politische Kommerellen entfalte. Diese deutsche Propaganda sätze sowohl die Geschichte, wie die Statistik, betriebe den Widerstand und führe die französische öffentliche Meinung in die Irre. Kommerellen selbst werde mit Werbematerial aus augenscheinlich deutschen Quellen überhäuft.

Gelegentlich des Schlußbanketts hielt ein Vertreter der Tischgesellschaft eine Rede, in der er die beiden Brudervölkern drohende Gefahr der gemeinsamen Ueberlieferung hervorhob und von der Unterdrückung sprach, unter der die heutigen Völkern angeblich zu leiden hätten.

Schließlich forderte der Tischgesellschaft die Anwesenden auf, alle Anschläge der Deutschen auf französischen Boden energig zurückzuweisen.

### Gegen Lloyd Georges Partei-Diktatur.

Eine laetare Rede Greys.

London, 16. Januar.

Auf der Jahrestagung des Liberalen Rates in London hielt dessen Präsident, Lord Grey, eine bedeutende Rede, die von dem formalen Bruch mit der Gesamtpartei unter der Führung Lloyd Georges nur wenig entfernt ist. Lord Grey sagte u. a.: Wenn die Dinge bei den nächsten Wahlen so sind wie heute, dann erachtet mir es als unsere Pflicht, daß der liberale Rat mit einer eigenen Organisation und eigenen Mitteln kämpft.

Lord Grey erinnerte dann im Verlaufe seiner Darlegungen daran, daß der liberale Rat unter der Mitwirkung von Personen gegründet worden sei, die Vertrauen in die Partei von Lord Grey, jedoch nicht in die Lloyd Georges besitzen hätten. Die Art und Weise, wie das Hauptquartier der Liberalen die letzten Wahlen finanziert habe, und die Abhängigkeit von dem persönlichen Fonds Lloyd Georges lehne der liberale Rat ab; ebenso weise er die Art und Weise zurück, wie Lloyd George vor den Wahlen Beziehungen gemacht habe. Die Einmündungen des liberalen Rates gegen die Führerschaft Lloyd Georges und den von ihm persönlich verwalteten Fonds seien genau so stark wie früher. Lloyd Georges Haltung laufe in Wirklichkeit auf ein Diktat hinaus, entweder das zu tun, was er wünsche, oder aber auf jede finanzielle Unterstützung durch ihn zu verzichten. Das sei untragbar.

Es hat also den Anschein, daß der liberalistische Wallter trotz seiner großen und ehrenreichen Neben allmählich in der eigenen Partei ausgepöbelt werde. Bei uns ist man ja längst über ihn zur Tagesordnung übergegangen, über den Mann, der, solange er an der Macht war, Deutschland gegenüber in der rigorosesten und gleichzeitig höchst verlegentlichen Form, wie außer dem „Liger“ kein anderer der Gegner auftrat, dann aber als er nicht mehr im Konzern der Mächtigen zu lagen hatte, plötzlich kein edles Herz für die Unterdrückten und Geknechteten entdeckte und sich schützte müssen glückte. — Er möge ruhig von der Welt seine lang- und langlos verschwinden, wir werden ihm sicherlich keine Träne weinen.

### Frankreichs Reichtum.

... und doch Staatsteuer am kleinsten unter den gegenüber!

Paris, 16. Januar.

Die allgemeinen französischen Haushaltsrechnungen belaufen sich für den Monat Dezember auf 385 Millionen Franken. Im Vergleich zum Dezember des Vorjahres ist eine Erhöhung um 278 Millionen Franken eingetreten. Die Dezemberrechnungen stellen einen Mehrbetrag von 149 Millionen Franken gegenüber den Haushaltsvoranschlägen dar. Die Einnahmen der autonomen Baife stellen im Vergleich zum Jahre 1928 einen Mehrbetrag von 178 Millionen Franken dar. Die gesamten direkten Steuereinnahmen des Budgets im Jahre 1929 und 13.900 Millionen Franken. Der Betrag aller Einnahmen des Jahres 1929 stellt sich auf 47.780 Millionen für den allgemeinen Haushalt und auf 7812 Millionen für die autonome Baife.

### Aus dem In- und Auslande.

Der jüngste Münchner Ehrenbürger.

Berlin, 17. Januar. Die feierliche Ueberreichung der Urkunde, in der die Stadt München den Reichspräsidenten von Hindenburg zu ihrem Ehrenbürger ernannt, ist im Palais des Reichspräsidenten durch den Oberbürgermeister von München, Dr. Spagnari und Bürgermeister Dr. Kühner erfolgt. Anschließend fand ein Frühstück statt.

Freiwiliger Staatsrat.

Berlin, 17. Januar. Der preussische Staatsrat erließ dem Präsidenten und dem Vorsitzenden des Gemeinde- und Reichstageschuldes die Ermächtigung, auf einen Einspruch gegen den im

Handtag vorliegenden Initiativ-Gesellschaft über Verleugnung der Prüfen für das Ueberlebensverfahren anlässlich der kommunalen Neuregelung im Westen zu versichern. Annahme fand nach u. a. der Gelegenheit über die Aufhebung der für die Kronen Samt- und Seidenwaren, des Pelz- und der Stadt Berlin geltenden Vorschriften über die Genehmigung von Ankleidungen und ein Gelegenheitswerk über die Unterbringung der Leiter und Lehrer (Lehrerinnen und Lehrerinnen) von hiesigen Lehr- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten.

#### 40 Millionen Fehlbetrag in Baden.

Karlsruhe, 17. Januar. Im badischen Landtag erklärte der Staatspräsident, daß der Haushalts 1930/31 (also zwei Jahre) 40 Millionen Fehlbetrag bringen werde. Das englische Finanzgesetz könne erst vorgelegt werden, wenn die Reichsfinanzreform verschoben sei. Baden müßte auch nach der Reichsreform ein Land mit Eigenstaatlichkeit bleiben. Ein Ausgleich mit anderen Ländern, warum die Ausgaben des Landes und der Gemeinden in Baden höher sind als in Württemberg. Er soll auch Sparmaßregeln machen.

#### Der Staat bei den englischen Wahlen.

London, 17. Januar. In liberalen Kreisen wird auf Grund der letzten Rede Lord Grey nur noch geringe Hoffnung gehegt, daß die beiden Flügel der Partei unter einer geschlossenen Führung sich vereinen ließen. Die Lloyd-George nachstehenden Persönlichkeiten sind der Auffassung, daß dieser nunmehr die Hoffnung auf einen Ausgleich mit Lord Grey und seinen Anhängern so gut wie aufgegeben hat und in seinen weiteren politischen Ausrichtungen nicht mehr die bisher geübte weitestgehende Rücksicht auf Grey und seine Freunde üben wird.

#### Spionewitterung in Polen.

Warschau, 17. Januar. Der Reichsleiter des polnischen Geheimdienstes in Gdingen, Dr. Janusz Galeski, ist bei Unterhaltung von etwa 20 000 Jota Schulden hinfällig geworden und soll sich ins Ausland begeben haben. Bei der Polizei ist der Verdacht angefaßt, daß Dr. Galeski in Wahrheit ein ganz anderer Name trägt und seine amtliche Stellung auf Grund falscher Dokumente erworben hat. Da er Zutritt zu den Geheimarchiven des Sejmats befaßt und häufig Gefolgswunden aus dem Ausland empfangen haben soll, glaubt man es mit einem Spion zu tun zu haben.

#### Aussand in Sidhina.

Schanghai, 17. Januar. In Sidhina ist ein großer Aufruhr ausgebrochen. Die ausländischen Truppen haben die Stadt Schanghai auf der Insel Hainan besetzt. In die Hände der Aufständischen ist ein Minenboot gefallen, außerdem ist es ihnen gelungen, die großen Minenstationen der chinesischen Regierung mit Beschlag zu legen. Marschall Tsching-lai-fai hat angeordnet, daß drei Zerstörer Kanon verladen und Schanghai bombardieren. Der britische Konsul ist über die Lage der Angelegenheiten in Schanghai sehr besorgt und hat den britischen Zerstörer „Magnolia“ angewiesen, Kanon sofort zu verladen und sich nach Schanghai zu begeben.

#### Neue politische Meldungen.

**Entscheidung der südlichen Anleiheemission in Hessen.** Die hiesigen Kreisländer haben von der hiesigen Staatsregierung die Anleihe erhalten, kommunale Darlehen in Zukunft nur dann zu genehmigen, wenn sie zu produktiven Zwecken dienen können.

**Wiedereröffnung des Saarvertrages.** Die Saarverhandlungen wurden unter dem Vorbehalt des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten, Bernot, nach der Weichenspiegelmur wieder aufgenommen.

**Angarische Ausweisung für den italienischen Kriegspartei.** Der Reichsminister von Ungarn hat dem italienischen Kriegspartei und dem Chef des Stabes des italienischen Heeres das ungarische Verdienstkreuz I. Klasse verliehen.

**Die Neubildung des portugiesischen Kabinetts.** Nach einer Meldung aus Lissabon hat der portugiesische Staatspräsident den Militärminister Salgas Souza mit der Neubildung des neuen Regierungskabinetts beauftragt, der ihm übergebenen Auftrag angenommen hat.

#### Aus der Umgegend

Neuba, 18. Januar.

**Nichtliches.** Es wird hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß am Sonntagabend 8 Uhr Herr Pastor Groß aus Bad Wartenberg in Ehrlingen im Gemeindefest über das Thema sprechen wird: „Sind wir Christen?“ Der Besuch dieses Abends wird herzlich empfohlen.

**Generalversammlung des Kriegervereins.** Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüßung der 66 anwesenden Mitglieder ehrte der Vorsitzende die zwei im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder. Eine Anwesenheitsliste wurde in Umlauf gelegt. Der Schriftführer gab einen Jahresbericht. Die Jahresrechnung 1929 wurde nachgeprüft und in Ordnung gefunden. Dacheckmeister Bauer leitete seine 25jährige Mitgliedschaft ab und wurde entsprechend ausgezeichnet. Die Herren Wolf, Benz, Stein und Brinke wurden als neue Mitglieder aufgenommen. Dann erfolgte die Wahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. Der Vorsitzende, Schriftführer Reumann, sowie der gesamte Vorstand wurden auf Antrag Dr. Fülle einstimmig wiedergewählt. Die Schicksal- und Vermögenssachenmissionen mußten nun zusammengefaßt werden. Fahrtenleiter, Tambour und Botz blieben dieselben. Fahrgeldleiter und Tambour haben bei allen Veranstaltungen freien Eintritt und freies Zinsen. Nach langer Debatte setzte man die Beiträge zu den Vereinsausgaben wieder auf 90 Mt. fest. Außerdem wurde vereinbart, im Jahre 1930 bei jedem Zinsfest von jedem Mitglied 25 Pfg. als weitere Vereinsbeiträge einzusetzen. Die Beiträge bleiben wie 1929. Vier auswärtige Mitglieder traten aus dem Verein aus. Die Vergütungen sollen, wie in der Generalversammlung 1928 beschlossen, abweichend im Bereichlichen und im Schützenhaus abgehoben werden. Der Vorsitzende berief ein Schreiben des Reichsverbandes über die Anschaffung von Kriegsbildern 1914/18 in Form von Schlachtenpanoramen und forderte zur Annahme auf, sobald gibt er die Berechtigungen betr. den Waffenschatzverband bestimmt und berief die Wiederwahl der Bezirksversammlung zum 27. 10. in Naumburg. Am. Güter fordern wieder einmal auf die Mitgliedschaft zu setzen. Über einen verstorbenen Zehrenten im Februar beschloß der Vorstand. Der Nachbarverein Weidenhof übernahm eine Einladung zu seinem 50. Stiftungsfest am 6. und 7. Juni.

**Preisfest.** Im Gasthof „Zur Sorge“ versammelt sich Sonntag die Forderer zum Spiel, um an dem 27. 1. Uhr beginnenden Preisfest teilzunehmen. Derzeit können sich die Forderer zum Preisfest am 27. 1. Uhr versammeln in der Sorge für den letzten Kampf abgeben.

**Masken-Ball.** Der Reigen der diesmaligen Maskenbälle wird am morgigen Sonntag im „Aristeller“ eröffnet. Ein Abend im Reize der Masken, eine Stunde glücklicher als glücklich zu sein, ist doch füglich und der Gründer der Maskenbälle wird gepriesen werden, so lange es Menschen gibt, die noch nicht ganz und gar abgeklumpt sind. Doch für jede Ordnung und auch solche Aufführungen an diesem Abend gefordert sein wird, der sich nicht zu löst. Schließlich müßte den Maskenbällen auch noch ein Preis. Die Zuschauer werden Zeuge vieler Freude und Gelächers sein können.

**Stadtschiffspiele.** Im Sonntag bringt das Kino im Hauptkino Grimmen einen vergangenen Zeiten, Freud und Leid aus der Solbatenzeit. Die schönsten Jahre des Lebens“ hört man sie öfters nennen. Der Reigen bringt Szenen aus Wild-West, die aber jetzt bei uns nicht minder schauerhaft sich abspielen.

**Arbeiten an der Burg Wendelstein.** Seit Sommer vorigen Jahres setzt sich an der hiesigen Sidhina der Burg Wendelstein ein gewaltiger Sturm, der eine Breite von 15 Zentimeter erreicht hat. Um den drohenden Folgen Einhalt zu bieten, hat sich die Regierung als Besitzer der Burg Wendelstein entschlossen, den entstandenen Schaden durch eine Grütz- u. Eisenbetonfirma fadengleich reparieren zu lassen. Mit komprimierter Luft sind die 150 Zentimeter starke Mauer durchbohrt und mit ca. fünf kräftigen Ventilen besetzt. Der Sprung wird dann mit Beton ausgefüllt. Das Geräusch des Bohrens ähnelt sehr dem Maschinengewehrfeuer und ist nach Sidhina weit hörbar.

#### Termin in Straßburg am 16. Januar 1930.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Meißner, „Vertreter“ der Staatsanwaltschaft Justizobersekretär Zehle, Protokollführer Reisenbender Bauer, sämtlich in Neuba.

1) Wegen eines Straßfehls in Höhe von 5.— M. hatte der Arbeiter Karl Lonne in Neuba Schuldbüchlein erhoben. Er ist schuldhaft, sich des Feils- und Fortschreibfehls schuldig gemacht zu haben. Im Oktober d. J. wurde Lonne auf der Straße Reinsdorf-Bingel von dem Oberlandjäger Ograwalla gestellt, um die Personalien festzustellen, weil er mit seinem Fahrrad ohne Licht fuhr. Dabei stellte der Beamte fest, daß Lonne drei Stunden und neun Minuten in seinem Anlauf verpaßt hatte. Der Angeklagte gab heute an, beides von einem Unbekannten in Neuba gekauft zu haben. Zehn Angaben schenkte das Gericht seinen Aussagen und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 20.— M., an deren Stelle bei Nichtzahlbarkeit vier Tage Haft treten, ferner zur Kostenzahlung.

2) Wegen eines Straßfehls in Höhe von 5.— M. hatten die Bergarbeiter Alfred Müller und Paul Kommler in Großmann Schuldbüchlein erhoben. Sie sind schuldhaft, den Postboten Hermann Hofschiß 1/2 bis 1/2, Jerrer Kopf einzuheben zu haben. Die Angeklagten wurden heute der Verletzung des Feils- und Fortschreibfehls schuldig gemacht und jeder zu einer Geldstrafe von 10 M., an deren Stelle im Falle der Nichtzahlbarkeit für je 5 M. ein Tag Haft treten, verurteilt. Die Kosten fallen den Angeklagten zu.

3) Privatklage des Arbeiters Josef Dabhin in Neuba gegen die Eheleute Hermann Heitel und seiner Frau Anna, geb. Windler in Neuba, wegen Verleumdung und bewusster Körperverletzung. Zugleich Verleumdung des Arbeiters Hermann Heitel gegen den Arbeiter Josef Dabhin wegen Verleumdung und Quasiverleumdung. Beide Parteien wohnen im Arnenhaus, wo es fast täglich Streit zwischen den Parteien gibt. Am 31. August 1929 kam es zu einem Streit, dabei schlug Frau Heitel den Dabhin von hinten mit einem Gummihüpfel über den Kopf, dabhin er mit blutendem Kopfe zusammenbrach und später vom Arzt keine Lebensführung ins Krankenhaus angeordnet wurde.

Der Ehegatte Heitel konnte der Körperverletzung nicht überführt werden. Nur die Verleumdung des Hermann Heitel wurde festgestellt, daß Dabhin sich der Verleumdung der Ehefrau Heitel schuldig gemacht hat. — Es wurde folgendes Urteil verkündet:

Die Angeklagte Ehefrau Heitel ist der gefährlichen Körperverletzung und der bösen Nachrede des Privatklägers schuldig und wird zu einer Gesamtstrafe von vier Wochen Gefängnis verurteilt, dagegen wird der angeklagte Ehegatte Heitel freigesprochen.

Der Angeklagte Dabhin wird der Verleumdung der Ehefrau Heitel für schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 5.— M., bei Nichtzahlung 1 Tag Gefängnis verurteilt, von der Anklage des Quasiverleumdung wird er freigesprochen. Die Kosten fallen der Ehefrau Heitel zu 1/2, Dabhin zu 1/2 zu.

**Klosterleben.** (Konst.) Zu dem Kontext des Gemischten Chores wird uns mitgeteilt, daß der Vorverkauf der Buchhandlung W. Sauer bereits begonnen hat. Da mit starkem Besuch rechnen werden muß, ist zu empfehlen, sich baldigst einen Platz zu sichern. Neben den Festungen des Chores und der Sprechenden Kapelle werden wir bei dieser Veranstaltung in den Gemüts eines Klosterlebens kommen, wie wir es hier wohl noch nicht gehört haben. Bald nach der Bahn verläßt Herr Professor Julius Dabhin die Bahn zu den bekanntesten Musik- und speziell Kloster-Verbindungen unserer Zeit. Wir lesen über seine Kunst in Berliner Wochenschrift „Berliner Volkszeitung“. Ein besonderes Bravo verdient Professor Julius Dabhin für die allmähliche Wiedergabe von Schumann's Papillons! — „Allgemeine Musikzeitung“: „für das sich Julius Dabhin, der getreue Erforscher heutiger Komponisten, mit rühmlicher Eingabe einsetzte.“ — „Der Westen“: Professor Julius Dabhin, eine wahrhaft tonale Natur, die zu reifester Erfindung des musikalischen Wertes gelangt.“ — „Berliner Lokal-Anzeiger“: In Julius Dabhin hatte er einen ausgezeichneten Interpreten.

**Arten.** Ein vielbesuchter Posten ist die durch den Tod ihres bisherigen Inhabers freigewordene Bürgermeisterei unserer Stadt. Auf die Ausschreibung derselben sind über 200 Bewerbungen eingegangen. Nach Durchsicht derselben sind einige der Bewerber in engere Wahl gestellt worden, die zur Vorstellung eingeladen werden sollen.

**Heilungen.** [Sandort.] In der vor dem hiesigen Amtsgericht am 18. Januar d. J. stattgefundenen Zwangsversteigerung wurden für einen Morgen Land in der Katasterebene 2825 Mark und für 1/2 Morgen in der Gebirgsgebiete 1420 M. erzielt.

**Heilfest.** In der Nacht der Schucka Kaffee ist ein Bergmann aus Neuba an der Soale, der bei einer betrunkenen Familie zum Kaffeetrinken eingeladen war, spielte in der Dohlenzeit mit einem nicht gefährlichen Revolver. Plötzlich ging der Schuß los und traf den Bergmann in den Oberhinteren. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus-Verfahren gebracht werden.

**Halle.** Die in Mädchen zwischen Himmel und Erde. In der Werberstraße gab es eine aufregende Szene. Die Mädchen, das im dritten Stockwerk hinterste, führte, blieb dann aber beim Witzern mit der Keule an einem Baumgitter eines Fensters im zweiten Stockwerk hängen. Durch die Rufe der Passanten und das Schreien des Mädchens wurden die Wohnungsinhaber auf die Gefahr aufmerksam und zogen das Mädchen in das Zimmer hinein. Das Mädchen selbst ist schon in Krankenhaus erkranken, so daß es ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Sterben.** Schreien des Kind rettet das Haus. In der Räumerkammer des Bergmanns B. war Feuer ausgebrochen. Nur dem Umfange, daß sich gegen Morgen ein Kind in der Familie durch Schreien bemerkbar machte, ist es zu verdanken, daß kein größeres Brandunglück entstanden ist. Verbrannt sind 8 Speisezeiten und einige Schinken.

**Weggehen.** Wiedersperrige Zigarette. Im Güntel mußte eine Zigarettenbatterie, die die Erlaubnis zum Ueberfahren nicht erhalten hatte und dem dort stationierten Oberlandjäger Wiedertand leistete, mit der Feuerwehr gewilliam aus dem Ort gebracht werden. Unter der Zigarettenbatterie die Landwehrschiff angehen zu lassen, denn Betteln und Stehlen ist nicht die Hauptbeschäftigung der Zigarette. An der heutigen Zeit müßte sich das Mittel und Wege finden, um dem Zigarettenwunder Einhalt zu bieten.

**Münchli.** Römische Münzen unter dem Apfel. In der Pflanzung in Neuba wurde unter einem Apfelbaum in Neuba ein Haufen Münzen gefunden. Im Sprengel-Museum wurde festgestellt, daß die Münzen aus der Zeit des Antonius Mus (römischer Kaiser 138 bis 161 n. Chr.) stammen. Bei den übrigen Münzen ließ sich ein Datum nicht mehr entschlüsseln.

**Erst.** 5000 Mark Belohnung. Am 21. Oktober 1929 brannten in Weidenhof die Scheune und Stallungen von drei Hektar nieder. Außerdem wurden Wohnhäuser und einige Scheunen durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen. Den Betroffenen ist großer Schaden entstanden, da die Wirtschaftsgüter mit Ernte- und Futtervorräten, sowie landwirtschaftlichen Maschinen gebrannt wurden, die zum großen Teil verbrannten. Da der bringende Verdacht vorliegt, daß ein Dieb die Ursache der Brandkatastrophe gewesen ist, hat die Landesregierung der Provinz Sachsen in Magdeburg auf die Ermittlung des Täters 5000 M. Belohnung ausgesetzt, die jetzt auf 5000 M. erhöht ist, da die bisherigen Ermittlungen noch ergebnislos blieben.

**Staub.** Staub. Von der Hausfrau mit der Art zu kochen. Ein hiesiger Bäcker hatte bei einem Mietsbrennen zugleich einen Vorkellerland gepachtet zur Ausübung seines Handwerks. Als er morgens seine Arbeitstätte betreten wollte, empfing ihn die Ehefrau des Hausbesizers mit einer Art in der Hand und brachte ihm einen Schlag auf den Kopf bei. Die Art zerbrach den Kopf und fuhr in die Schulter, so daß eine längere ärztliche Behandlung notwendig ist. Die hochgradig nervöse Täterin wurde zur Beobachtung ihrer geistigen Verfassung zur Universität Marburg gebracht.

**Gienach.** 25 000 Mark Schadenerklärung für den Feuerhofsall. Wie nunmehr festgestellt, erhielt die Ehefrau des Bauherrn in Neuba eine Schadenerklärung von 21 800 Mark, während der Mobilarschaden mit 3200 Mark vergütet wird. Der Wiederaufbau des zerstörten Hofes erfordert 350 000 Mark, was noch die erheblichen Kosten für die Ausstattung der Hofe enthält. Die Ehefrau hat für den Wiederaufbau 200 000 Mark Vorkosten zu zahlen. Der Aufbau streitet bei der günstigen Witterung rasch vorwärts.

**Camburg.** Mädchen lebend verbrannt. Ein 17jähriges Dienstmädchen, dessen Heringsal auswärts weilt, gab Spiritus aus der Flasche auf die glimmenden Bettfedern. Die emporfliegenden Flamme legte die Saare und Kieker des Mädchens in Brand. Unter dem Schrecken der Hitze stürzte sie auf den Balkon. Hilfe konnte aber nicht schnell genug gebracht werden. Von Brandwunden fast ganz entleert, wurde die Unglückliche nach Jena gebracht, wo sie bald darauf ihren Verletzungen erlag.

**Wamborn.** Vom Wamborn so gefahren. Im Wambornbetriebe der Grube „Wamborn“ ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Der Arbeiter Richard Müller aus Uda hatte, ebenfalls infolge des starken Sturmes, das Verhaken eines Abraumzuges überführt. Er wurde von dem ersten Wagen des Zuges erfaßt und überfahren. Der Tod trat rasch darauf ein.

**Beipitz.** Was Papagenkrankheit in Leipzig noch sein Fall von Bagagekranke betraf. Es ist jetzt aber vermutet man, daß die schwere, unter dem Bilde eines Nappus und später einer Zungenentzündung verlaufene Erkrankung eines Kaufmanns in Leipzig mit größter Wahrscheinlichkeit die Papagenkrankheit gemeint ist. Der Kaufmann ist ein Vogelkrieger und hält eine größere Menge von Vögeln, aus solche von Eitiden, in einer Gartenwiese. Im Juli vorigen Jahres bezog er einen Papagei; dieser wurde in der Wohnung gehalten und zeigte gewöhnliche Krankeitserscheinungen. Ende Juli verendete er. Am 1. August erkrankte der Kaufmann selbst, und zwar allmählich so, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nach mehrwöchiger Krankenlager ist er glücklicherweise genesen. Eine wissenschaftliche Untersuchung des verendeten Papageien war leider, da er leinertzeit verstorben ist, nicht möglich.

**Beipitz.** Selbstmord wegen gekränkter Papagenkrankheit. In der Nähe eines in der Barmstedt-Str. wohnenden Müllers wurde der 18 Jahre alte Mordeliebling Rudolf S. gasvergiftet aufgefunden. Wiederbelebungserfolge mit dem Sauerstoffapparat blieben ohne Erfolg. Gekränkter Erbsen soll den jungen Mann in den freudigen Zustand haben. Der Müllers wurde zur Beerdigung freigegeben und nach dem Selbstmord getötet.

**Beipitz.** Vom Autokennen gehen. Letzte Tag. Ein Breslauer und Siedelstraße wurde der zehn Jahre alte Hans Werner von einem Autokennenwagen der Dingertabfuhrgesellschaft tödlich überfahren. Der Fahrer nicht von dem Unfall bemerkt hat, wird angenommen, daß das Kind nicht beim Spielen von einem Sinterrod erfaßt und so überfahren wurde, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

**Schleiz.** Taubstummen-Anstalt soll aufgeschoben werden. In Thüringen bestehen drei hiesige Taubstummen-Anstalten in Grotz, Hildburghausen und Schleiz. Der Reichsparlament schlägt vor, die Anstalt in Schleiz aus Sparmaßregeln- und Zweckmäßigkeitsgründen aufzulösen und die Jüglinge auf die anderen beiden Anstalten zweckmäßig zu verteilen, weil sie in die Anstalten Grotz oder Leipzig zu überweisen. Das in Schleiz befind-



**Kleine Chronik.**

**# Kampf zwischen einem Ringer und acht Polizisten.** In der Nacht kam es in Kopenhagen zu einem heftigen Kampf zwischen einem bekannten dänischen Ringer und einem großen Polizeiaufgebot. Der Schwergewichtsringer, dessen Name wurde zum Verlaufe eines Falls aufgeführt, weigerte sich aber, so daß Polizei herbeigerufen werden mußte. Dessen folgte dann den beiden erschienenen Polizisten auf die Straße. Dort verlor er einen von ihnen einen so heftigen Schlag ins Gesicht, daß dem Beamten der Stirnbogen gebrochen wurde. Dessen schloßte, wurde aber schließlich in einer Gasse gefesselt. Wie ein Rabeherbe wurde er sich wobei auf beiden Seiten viel Blut floß. Endlich gelang es dem Beamten — acht an der Zahl —, diesen zu überwäligen und ihn an Händen und Füßen gefesselt nach der nächsten Polizeiwache zu bringen. Dessen wurde sofort einer „Spürsprache“ unterzogen, die aber negativ ausfiel, was für den Ringer umso ungünstiger sein dürfte.

**# Tragischer Ausgang eines Verhörsverfahrens.** Einen tragischen Ausgang nahm ein Verhörsverfahren, das seit einiger Zeit zwischen einer 53jährigen Frau Cartier und ihrem 24jährigen Stiefsohn in Paris bestand. Niemand kam es zu Streitigkeiten zwischen dem unglücklichen Paar, bis der junge Mann vor kurzem ein junges Mädchen kennen lernte, in das er sich verliebte und das er heiraten wollte. Als nun wieder die Stiefmutter nach er im Hause gefahren wurde, ließen die Mitbewohner die Tür der Wohnung geschlossen öffnen. Im Schlafzimmer lagen im Bett die Leichen des jungen Mannes und der Frau. Es scheint, daß die Frau ihren Stiefsohn und dann sich selbst erschossen hat.

**# Der Uebergang vom Flugzeug zur Eisenbahn.** In Nizza findet zurzeit eine Tagung des Interkontinentalen Luftverkehrs der internationalen Eisenbahnunion statt, auf der ein Vertragentwurf ausgearbeitet werden soll, der den Uebergang vom Flugzeug zur Eisenbahn zum Gegenstand hat. Dem Reisenden und dem Fliegerpaß soll es ermöglicht werden, die Flugstrecke in einem beliebigen Ort zu verlassen und mit dem Flugzeugschein den Bestimmungsort auf der Eisenbahn zu erreichen. Deutschland ist auf der Tagung u. a. durch Direktor Wronski von der Reichsanbahn vertreten.

**# Explosion in einer Ammoniakfabrik.** In einer Ammoniakfabrik in Wetzlar bei Lyon explodierte ein Schmelzofen Arbeiter wurde mit zum Teil durchgehenden Brandwunden, die der Unfallstelle getragen. Während zwei von ihnen kurz nach der Entzündung ins Krankenhaus starben, trug ein dritter mit dem Tode. Die Verletzungen der beiden anderen sind weniger ernst.

**# Die Kaiserliche in Nemi-See.** Der Leiter der Forschungsarbeiten in Nemi-See bei Rom, Professor Antonelli, hielt in Rom einen Vortrag, in dem er die Behauptung aufstellte, daß der Nemi-See außer dem bekanntlich bereits trockengelegten alten Kaiserpalast noch zwei weitere Kaiserliche berge und nicht, wie bisher angenommen wurde, nur eines. Das dritte, bisher noch nicht entdeckte Kaiserliche befindet sich an der tiefsten Stelle des Sees.

**# Von der Internationalen Ausstellung in Barcelona.** In Barcelona fand in Anwesenheit des Königs und Primo de Rivera die amtliche Eröffnung der Internationalen Ausstellung statt. Dieser Akt beweist jedoch nicht die endgültige Sättigung der Ausstellung, sondern stellt nur eine Abschlusssitzung Spaniens für die internationalen Teilnehmer dar.

Teilnehmer dar. Die Ausstellung selbst wird unter Beibehaltung der für die ausländischen Besucher angebotenen Sehenswürdigkeiten als nationale Ausstellung bis Juli weitergeführt.

**# Flug über die Sahara mit Frau und Kind.** Der Kommandant der französischen Flugzeugabteilung in Algerien ist mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn in einem Leichtflugzeug aufgefahren, um die Wüste Sahara in der Luft zu überqueren. Das Flugzeug hat einen Motor von 60 Pferdekraften.

**# Starke Erdbeben in Holland.** In Holland und anderen Städten Kaliforniens wurden mehrere starke Erdbeben verspürt. Die Bewohner wurden von einer Panik ergriffen und verließen fluchtartig ihre Häuser. Die Telefonleitungen wurden zum Teil unterbrochen. Im übrigen ist der Sachschaden gering. Westwürttemberg ist in Holland kein einziges Haus eingestürzt.

**# Eine lurchebare Statistik.** Der Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß im Jahre 1929 nicht weniger als 20 500 Verurteilungen durch Autounfälle getätigt wurden. Ungefähr die Hälfte dieser Zahl waren Fuhrer.

**Die Blutrache.**

Die Blutrache des Schwopmanns — Krankheit und Ueberlieferung. — Aus der Geschichte der Blutrache. — Wo heute noch Blutrache straflos ist!

Alle, die den jungen Schwopmann Wilhelm Wille in Frankfurt a. M. kennen, stellen ihm das beste Zeugnis aus. Er ist ein zuverlässiger, pünktlicher, verträglicher Mensch gewesen. Man merkte ihm nicht an, daß er von einem Gewanten befehen war, der ihn trieb, den Tod seines Vaters zu rächen. Zwar erzählte er, im Kreise seiner Freunde und Kollegen oft, wie sein Vater in seiner Gegenwart von dem verabschiedeten ehemaligen Schulpolizeibeamten Claus erschossen wurde. Er wachte von der Belagerung des Mörders zu berichten und davon, daß ihn schließlich zahlreiche Augen niedertriften. Auch in den letzten Tagen war sein Weilen nicht verändert. Er tat seinen Dienst wie jeder andere und ging auf Arbeit mit dem Freunde, wie man sie bei Verwandern kennt. Nach seiner Abreise erkrankte der junge Mann jedoch, seit dem Tage, da er seinen Vater tötete, habe er sich kaum gehoben. Diese Sache habe ihn nicht mehr losgelassen. Bei Tag und Nacht habe er sich das Wort ausgemalt, das er vollbringen müßte. Schließlich war der Kadet in ihm so hart, daß er handeln mußte. Er gibt zu, sich niemals gegen die Nachgeburt gewandt zu haben. Eine gewisse Wollust hatte ihn erfaßt, wenn er sich überlegte, wie sein Schuß den anderen niedertriften würde. Er hat auch nicht daran gedacht, gerade den Vater des Mörders zu erschlagen. Jemandem aus der Familie sollte seiner Hand zum Opfer fallen. Er behauert nicht, die Tat vollbracht zu haben. Jetzt ist er nun wieder in seiner Zelle. Mit Recht wird er auf seinen Geisteszustand untersucht, denn eine solche Handlung ist in Deutschland unzulässig. Kann ein Rachegebot bis zum Wahnsinn führen? ist die Frage, die sich die Sachverständigen vorgelegt haben. „Rache ist süß“, heißt ein Sprichwort. Es sagt also, daß eine gelungene Rache immer das Gefühl der Befriedigung auslöst. Aber ein einmal Rache nehmen konnte, wird befähigen können, daß die Rache in einer gewissen geistigen Konzentration gefaßt, also bei Ausschaltung aller anderen, besonders der vernünftigen Gedanken. Der Sinn war nur auf die Tat, die Rache, ge-

richtet und die Tat selbst erst löste einen Raum, machte den Rache dann wieder zu einem Normalmenschen. Demnach müßte man annehmen, daß bei uns jede Rachehandlung aus einer geistigen Einstellung erwirkt, die an Geistesverwirrung zu mindest grenzt.

Anders liegt es bei den Völkern, denen die Rache und besonders die Blutrache, Ehre und Ehre ist. Er handelt mit hohem Bewußtsein, bereitet die Rache lange vor, hält ihre Absichten nicht geheim. Sie wissen: ihnen sie nicht Blutrache, so sind sie selbst gerichtet. Wir finden die Blutrache heute noch in den Balkanländern, obwohl sie hier verboten ist. Die Beduinen, Berber, Abessinier, Drusen und einige turkische Stämme üben heute die Blutrache in der gleichen Weise wie vor 100 Jahren. Wird ein Mord begangen, so kommt die ganze Sippe des Ermordeten zum Vorschein und beschließt die Blutrache. Es ist vorgekommen, daß ganze Familien vernichtet werden, denn eine Rache ist der anderen. Hat man auch verurteilt, durch Gelehrer diesen Eigenheits den Rache abzurufen, werden die Rache auch heute schon überall bestraft, so wird sich aus dem Altertum überlebte Blutrache nicht ausrotten lassen. Diesem Erkenntnis heraus werden auch die Richter nicht mit dem Tode bestraft, es wird ihnen sogar Gelegenheit gegeben, sich zu verbergen und den Gelehen zu entziehen.

Interessant ist die Geschichte dieser Eigenheit. Sie rührt aus der Zeit, da es noch kein Recht gab und jeder sein eigener Richter sein durfte. Nach der religiösen Ansicht des Altertums galt der Mörder, selbst wenn er unabsichtlich oder aus Unvorsichtigkeit einen Totschlag begangen hatte, für unrein. Ebendeshalb waren und sind dem Rachebrauch halbtierische Völker gemäß, die nächsten Verwandten eines Ermordeten oder Totgeschlagenen verpflichtet, an dem Mörder oder dessen Verwandten Rache zu nehmen. Die Blutrache ist ein staatlicher Zustand vorwärts, in dem die Oberwelt noch nicht so mächtig ist, daß sie sich selbst verhaften kann.

Wir finden gelegentlich geteilt, die Blutrache bei den Romänen, übernahm bei den Völkern, die aus dem Zustand der Sozialität noch nicht herausgetreten sind, so zum Beispiel bei den ältesten arabischen und semitischen Völkern. Wenn bei den Arabern durch gerichtliche Untersuchung der vorläufige Mord erwiesen wurde, so wurde der Mörder dem nächsten Verwandten des Ermordeten als dem Rache rächer (Goel) ausgeliefert. Nach dem Gelehen Mohammeds ist auch eine Ehre durch Gelehen möglich. In Vorkriegszeit man heute besonders die Blutrache durch erhebliche Geldstrafen abzubauen. Bei den Griechen fand die Verlöbung nach bestimmten Gelehen vor Gerichtshöfen statt, ebenso wie in dem für die Gelehebung so wichtigen Rom, wo indes in der ältesten Zeit die Blutrache nach strengem Satz talionis (Geld für Geld) vollzogen wurde.

Sommer aber nur ist von der Ehre, der Ueberlieferung, der Rache nahmen mühen die Rache. Blutrache wissen gemacht, was sie tun, ganze Familien kämpfen gegeneinander mit hohem Kopf. Es ist kein ausgeprägter, der sie reizt, sondern die Verpflichtung, Vergeltung zu üben. Aus diesem Grunde kann man auch die Blutrache des Schwopmanns nicht mit der alten Blutrache vergleichen. Hier muß zunächst eine Krankheit vorliegen, ein geistiges Racheverprechen, ein bis zum Wahnsinn gesteigertes und gehärdeter Haß, der nach Auslösung verlangt.

**Bekanntmachung.**

Die Anschaffung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützungen erfolgt am **Sonntag, den 18. d. Mts., von 11 Uhr** in der Stadtkasse.

Neuba, den 17. Januar 1930. Der Magistrat.

**Deffentliche Stadtverordneten-Versammlung**  
am **Dienstag, den 21. Januar 1930, abends 8 Uhr** im **Gasthof „Weißes Ross“.**

Z Tagesordnung:

1. Bürowahl
2. Wahl des Stadtverordnetenvorsethers u. des Stellvertreters
3. Wahl des Schriftführers und des Stellvertreters
4. Kenntnisnahme
5. Wahl von zwei Mitgliefern der Stadtverordnetenversammlung in das Kuratorium der Volkshochschule
6. Beschlußfassung über Erlass einer neuen Vermögenssteuerordnung
7. Beschlußfassung über Verkauf von einigen Grundstücken der Gemarkung der Stadt und des Schlosses Neuba
8. Beschlußfassung über Ausführung von Reparaturarbeiten in der Wabankstraße
9. Beschlußfassung über den Antrag des Arbeitslosenausschusses auf Bewilligung von einmaligen Beihilfen
10. Beschlußfassung über Anschaffung von 3 Schulstufen.

Neuba, den 17. Januar 1930.

**Der Stadtverordnetenvorsether. M. a. p.**

**Statt Karten.**

Für die zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit und Geschenke sprechen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank aus.

Gustav Will und Frau Erna geb. Zeigermann.

Neuba a. U., Januar 1930.

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

**Sonntag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:**

**Steh ich in finstern Mitternacht**

ferner:  
**Die Abenteuer eines Auswanderers.**

(Bild-Weil) 6 Akte  
Es ladet freundlich ein **Wortward.**

**Gasthof „Zur Sorge“**

**Sonntag, den 19. Januar, von nachm. 2 1/2 Uhr an**

**Preisskat.**

Um regen Besuch bittet **H. Bernschein.**

**Grosses Schlachtefest**

**10 Uhr Wellfleisch, abends Würstchen.**

**Stellen-Anzeigen**

für den **„Personäl-Anzeiger des Daheim“**

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenaufschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur die Möglichkeit, die Stellenanzeigen bei uns abzugeben und die Schließen zu erhalten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zu denen, über ganz Deutschland gehen den Anträge und der zuverlässigen Intermediation niedrig; sie betragen regelmäßig nur 100 Hg. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 75 Hg. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Hg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Krefeld.

**Drucksachen**

liefert **aller Art**  
prompt **für alle Geschäftszwecke**  
und **für jeden Privatbedarf**  
preiswert **in besten Ausführungen**  
die

Buchdruckerei Wilh. Sauer

**Viele Tausend neue**

**Kaffee-Säcke**  
aus bestem Rohkaffee, weiß mit roten Rand, ganz billig, ungenüß und ohne jeden Aufdruck. Jeder Kaffee-Sack enthält zwei gute brauchbare

**Handtücher.**

Preis per Sack 68 Hg. (1 Sack = 2 Handtücher)

Direkt an Private ohne jeden vermittelnden Zwischenhandel. Lieferung von 30 Stück an per Nachnahme franco. Geld zurück bei Nichterfällen.

**Clemens Seile, Bremen**

Bestellungen **erhalten unter 10 Stück.**

**Voylito.**

**Loubomb**

**Salin**

**Hufter**

Heiserkeit  
Bronchialkatarrh

In allen Apotheken  
und Drogerien erhältlich.



**Naturkräfte**

sind kostbares Gut. Schützen Sie sich vor Krankheiten durch die Naturkräfte.

**Kaiser's Brust-Caramellen**

mit 1000 Tannen

Su haben bei: **Wider-Drögere**  
W. Gutschmidt, Neuba;  
Aug. Dellisch, Neuba

**Porzellan, Kristall**

**Glas und Steingut**

Erstklassige Fabrikate  
Mäßige Preise

**R. Barthel**

**MEYERS LEXIKON**

Die neue, sechste Auflage in 12 Halblederbänden wird Mitte 1930 vollständig sein und etwa 363 RM. kosten

**MEYERS LEXIKON**

verbindet zeitgemäß knappe Fassung und Übersichtlichkeit mit größter Reichhaltigkeit in Text, Bildern und Karten

**MEYERS LEXIKON**

gibt auf jede Frage sofort unfehlbar richtige Antwort und ist der zuverlässigste Berater in jeder Lebenslage

**MEYERS LEXIKON**

ersetzt eine umfangreiche Bücherei und ist deshalb billig. Beglückende Zahlen erleichtern die Anschaffung

**MEYERS LEXIKON**

ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Anfordungen mit Bezugsbedingungen kostenfrei. Bestellen Sie noch heute

**MEYERS LEXIKON**

# Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheinung wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Vertriebsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Banfonten:  
Stadtpartei Nebra — Bauverein Nebra.

Nr. 8

Sonnabend, den 18. Januar 1930

43. Jahrgang

## Frankreich hat Recht behalten!

Baron Snowden Einpruch erhob.

8. Haag, 17. Januar.

Wie voraussichtlich, ist in der Sanktionsfrage die Vereinbarung erfolgt, die diesen Streitpunkt endgültig bereinigen soll. Auf die in ihr enthaltenen Klippen ist schon des öfteren hingewiesen worden, heute muß gesagt werden, daß sie nach wie vor noch bestehen, trotz der schönsten und wortreichsten Auslegungen bestehen bleiben.

Die Vereinbarung wird allgemein dahin aufgefaßt, daß Deutschland im Falle einer behändelnden Entscheidung des ständigen Internationalen Gerichtshofes jegliche von einer Gläubigermacht ergriffene Maßnahme politischer oder militärischer Art als berechtigt ansetzt und somit eine einseitige Belegung des Gebietes in einem solchen Fall nicht als einen kriegerischen Akt betrachtet.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Erklärung des englischen Schlichters Snowden in der entscheidenden letzten Sitzung der sechs Mächte besondere Bedeutung. Nach dieser Erklärung läßt die englische Regierung die nunmehrige Vereinbarung dahin beschränken zu wollen, daß nur ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Gläubigermächte die vorgehenden Folgen eines deutschen Vertragsbruchs auslösen kann, nicht aber jede einzelne Gläubigermacht von sich aus einschreiten darf. Die Vereinbarung stellt jedoch demgegenüber ausdrücklich die Handlungsfreiheit jeder einzelnen Gläubigermacht unabhängig von der politischen Stellungnahme der übrigen Gläubigermacht fest.

### Die Sanktionsvereinbarung.

Die Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Gläubigermächten in der Sanktionsfrage bilden einen Artikel 4 des Schlussprotokolls und einen Anhang zu diesem Artikel, der die Hauptvereinbarungen zwischen Deutschland und den Gläubigermächten über die Sanktionsfrage enthält. Artikel 4 sowie der Anhang sind in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt. Der deutsche Text ist in gleicher Weise mitgegeben wie der französische und englische.

Die jetzt getroffene Vereinbarung sieht vor, daß der ständige Internationale Haager Schlichtergerichtshof darüber zu entscheiden hat, ob die deutsche Regierung „Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu gerechtfertigen“. Nach der heutigen Vereinbarung hat jede einzelne Gläubigermacht „das Recht, die Klage auf Vertragsbruch gegen Deutschland selbständig vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen und gewinnt bei der Entscheidung gegen Deutschland volle Handlungsfreiheit, ohne daß damit die Stellung der übrigen Gläubigermächte in irgendeiner Weise berührt wird.“

### Reparationskommission stiegt auf

Die affizierten Gläubigermächte haben mit Deutschland vereinbart, daß auf Grund der bereits veröffentlichten Vereinbarungen über die Regelung der Sanktionsfrage nunmehr der Artikel 4 des Schlussprotokolls der Haager Abmachungen folgende Fassung haben soll:

„Mit Zugrundelegung des Neuen Planes werden das Büro für die Reparationsabgaben und die damit zusammenhängenden Stellen in ... aufgehoben, und die Beziehungen der Reparationskommission mit Deutschland finden ein Ende. Unter dem Name des Neuen Planes bleiben nur diejenigen Funktionen bei diesen Stellen bestehen, deren Fortbestand durch den Neuen Plan notwendig gemacht wird. Diese Funktionen werden auf den entsprechenden Sonderausweis der B33 übertragen.“

### Der Anteil der Neutralen.

In neutralen Kreisen hört man übereinstimmend das Urteil, daß die Regelung der Sanktionsfrage für Deutschland eine neue schwere Belastung bedeutet. Es wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß diese Vereinbarung die Möglichkeiten von Sanktionsmaßnahmen legalisiert habe.

Die Lage Deutschlands wird als wesentlich verschlechtert angesehen. Nach der bisherigen Regelung wurden Sanktionsmaßnahmen als einseitiger Gewaltakt einer Gläubigermacht von der öffentlichen Meinung der Welt empfangen, während nun Deutschland freiwillig den Gläubigern das Recht einräumt, Sanktionsmaßnahmen auf dem Wege einer Beschlüßfassung durch den Haager Gerichtshof vorzunehmen, ohne daß Deutschland hierüber irgendwelche Mittel des Protestes oder des Widerstands in der Hand behalte.

Auch die amerikanische Presse hat die Sanktionsregelung als eine Niederlage Deutschlands dargestellt. Auf amerikanischer Seite wird besonders unterstrichen, daß die bisherigen Erklärungen der deutschen Minister in der Sanktionsfrage im Hinblick auf den in der Sanktionsfrage festgetroffenen Regelung liegen.

### Zwei Staatsverträge für die B33.

Wien, 17. Januar. Die Schwierigkeiten, die die schweizerische Verfassung einer unbefristeten Niederlassung der B33, auf schweizerischem Gebiet entgegenstellt, sollen nun dadurch gelöst werden, daß man in Haag versucht, zwei Staatsverträge abzuschließen, von denen der eine auf 15 Jahre lautet, der andere unbefristet ist. Beide sollten gleichzeitig abgeschlossen und unterzeichnet werden. Der Vertrag

auf 15 Jahre würde die isoterische Aufnahme der Tätigkeit der Bant sichern, während der andere nach Genehmigung durch den Bundesrat und die Bundesversammlung der Volksbestimmungskauf unterworfen ist, die sich auf alle Staatsverträge bezieht, die über 15 Jahre hinaus gültig sind. Nach Ablauf der für die Klausel notwendigen Frist von 90 Tagen könnte alsdann nach dieser Vertrag in Kraft treten. Dadurch würde dann der erste Vertrag, der auf 15 Jahre lautet, hinfällig.

### Banken werden über die Mobilisierung befragt.

Die Mobilisierungsfrage ist in der Konferenz der sechs einladenden Mächte von neuem Gegenstand langwieriger Verhandlungen gewesen, ohne daß jedoch eine Einigung zustande kam. Finanzminister Wolkenhauer hat mit großer Entschiedenheit die französische Forderung einer Sperrfrist bis zum 1. Oktober 1930 für die Aufnahme deutscher Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis, daß derzeitige Verpflichtungen hinsichtlich der Reichsbahn und der Reichspost unter keinen Umständen angenommen werden könnten.

Reichsfinanzminister Wolkenhauer hat sodann ausdrücklich hervorgehoben, daß die Mobilisierungsfrage von der Haltung des amerikanischen Kapitalmarktes abhängig sei. Die Ausprache wurde sodann zunächst unterbrochen. Es wurde beschlossen, am Nachmittag eine interne Besprechung mit den im Haag weilenden Vertretern der Banken unter Einräumung des Vorsitzenden des Bankensachverständigen Kommissions, abzuhalten. In dieser Besprechung, an der die französischen und deutschen Finanzadvisoren und Reichsbankpräsident Dr. Schmidt teilnehmen werden, wird die Lage des internationalen Kapitalmarktes, insbesondere die Haltung des amerikanischen Kapitals hinsichtlich der Mobilisierung deutscher Reparationsbonds geprüft werden.

Der Präsident der Reichsbankgesellschaft, Dormmüller, ist ersucht worden, sich sofort nach dem Haag zu begeben und trifft am Freitag früh hier ein.

### Die Amerikaner gegen das Haager Ergebnis?

Die Verhandlungen in der Mobilisierungsfrage haben die Tatsache in den Vordergrund treten lassen, daß die Mobilisierung der deutschen Reparationsbonds jetzt im wesentlichen von dem amerikanischen Kapitalmarkt abhängig und daher die einseitige Regelung ohne amerikanische Mitwirkung überhaupt undenkbar ist. Eine Annahmefolge des internationalen Kapitalmarktes hinsichtlich der Aufnahme des Bonds ohne die maßgebenden amerikanischen Finanzkreise, wie sie in den Haager Verhandlungen versucht wird, erscheint jedenfalls als ausgeschlossen.

In den Vordergrund ist also die entscheidende Frage getreten, ob die Unterbringung der deutschen Reparationsbonds nach den bisherigen Ergebnissen und insbesondere den politischen Beschlüssen der Haager Konferenz noch als richtig anzusehen ist. Es besteht der Eindruck, daß die Änderungen des Hauptplans und die Beschlüsse der Haager Abmachungen nicht ohne Auswirkungen auf den internationalen Kapitalmarkt sein werden.

### Keine Reparationsverhandlung mit Ungarn.

Regelung mit Bulgarien fast erreicht.

8. Haag, 17. Januar.

Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Mächten der Kleinen Entente und Ungarn in der Reparationsfrage haben die Auffassung vertieft, daß auf der Haager Konferenz eine Einigung in den drei grundlegenden Fragen:

1. gewisse Schadensersatz,
2. Variation der Bergangehörigkeit,
3. ungarische Reparationsfrage,

nicht erzielt werden kann.

Eine gewisse Annäherung zwischen den ungarischen und gegnerischen Standpunkt ist lediglich hinsichtlich der Regelung gewisser Agrarforderungen erzielt worden. Zurzeit sind Besprechungen im Gange, in welcher Weise bei dem für Sonntag erwarteten Schluß der Konferenz ein offener Abschluß der Verhandlungen in der ungarischen Reparationsfrage vermieden und eine Fortsetzung gewährleistet werden kann.

In der bulgarischen Reparationsfrage fand eine Unterredung zwischen dem rumänischen Außenminister Titulescu und dem bulgarischen Außenminister Burzio über das beschlagnahmte bulgarische Eigentum in Rumänien statt. Dieser Streitpunkt ist die einzige noch offene Frage, welche einer Regelung mit Bulgarien im Wege liegt.

### Sie hören noch zu wenig.

Ein Aufruf für polnische Journalisten.

D. Warschau, 17. Januar.

Der schon mehrfach erwähnte Propagandaturus für polnische Journalisten in Thorn über die Bedeutung des Korridors für Polen ist nunmehr abgeschlossen. In den letzten Tagen sollen die Beiträge des Oberstleutnants Baginski und des Redakteurs Smogorzewski besondere Beachtung gefunden haben. Baginski führte u. a. aus, daß Polen keinen Wirtschaftspunkt zu fürchten brauche, wenn sich der Seehandel in seinen Händen befände. Polen müßte sich von

der fremden offenkundigen Vermittlung freimachen und auf diese Weise den Wohlstand des Volkes heben.

Redakteur Smogorzewski hatte sich, die deutsche revisionistische Propaganda in „Ausland“ zum Thema gewählt. Er erklärte u. a., daß Deutschland eine gewaltige Propaganda gegen das polnische Kommerzien entfalte. Diese deutsche Propaganda folge sowohl die Geschichte wie die Statistik, betrage den Widerstand und führe die französische öffentliche Meinung in die Irre. Kommerzien selbst werde mit Werbematerial aus angesehentlich deutschen Quellen überhäuft.

Gelegentlich des Schlussantritts hielt ein Vertreter der Tischschloßworte eine Rede, in der er die den beiden Brüdern vollen drohende Gefahr der germanischen Überlieferung hervorhob und von der Unterdrückung sprach, unter der die Polnische Wenden angeblich zu leiden hätten.

Schließlich forderte der Tischschloß die Anwesenden auf, alle Anschläge der Deutschen auf französischen Boden ernstlich zurückzuweisen.

### Gegen Lloyd Georges Partei-Diktatur.

Eine scharfe Rede Grens.

London, 16. Januar.

Auf der Jahrestagung des Liberalen Rates in London hielt dessen Präsident, Lord Grey, eine bedeutende Rede, die von dem formalen Bruch mit der Gesamtpartei unter der Führung Lord Georges nur wenig entfernt ist. Lord Grey sagte u. a.: „Wenn die Dinge bei den nächsten Wahlen so sind wie heute, dann erachtet wir es als unsere Pflicht, Organisation und



auf seiner Dauer der Minister, die Vertreten in die Lloyd George, wie das haben finanziert rühmlichen Fonds; ebenso weise er ge vor den Bestimmungen des von Georges und so genau so laufe in Wert, das zu tun, was die Unterstützung r.

reichliche Metallifer Neben allmählich richte. Bei uns ist in Übergangenen, nicht nur, Deutschsprachigkeit abhänlich ger' kein anderer is mehr im Konf in sich jedes Serz bedekte und für hie e rufig von der ihm sicherlich keine Träne nach.

### Frankreichs Reichtum.

... und doch Schächer am Kleingeldern anderen gegenüber!

Paris, 16. Januar.

Die allgemeinen französischen Haushaltsrechnungen belaufen sich für den Monat Dezember auf 3355 Millionen Franken. Im Vergleich zum Dezember des Vorjahres ist eine Erhöhung um 278 Millionen Franken eingetreten. Die Dezemberrechnungen stellen einen Mehrbetrag von 149 Millionen Franken gegenüber den Haushaltsplananschlägen dar. Die Einnahmen der autonomen Räte stellen im Vergleich zum Jahre 1928 einen Mehrbetrag von 1783 Millionen Franken dar. Die gesamten direkten Steuereinnahmen betragen im Jahre 1929 und 13.900 Millionen Franken. Der Betrag aller Einnahmen des Jahres 1929 stellt sich auf 47.780 Millionen für den allgemeinen Haushalt und auf 7812 Millionen für die autonome Räte.

### Aus dem In- und Auslande.

Der jüngste Münchner Ehrenbürger.

Berlin, 17. Januar. Die feierliche Überreichung der Urkunde, in der die Stadt München den Reichspräsidenten von Hindenburg zu ihrem Ehrenbürger ernannt, ist im Palais des Reichspräsidenten durch den Oberbürgermeister von München, Dr. Spangniak und Bürgermeister Dr. Rühner erfolgt. Anschließend fand ein Frühstück statt.

Preussischer Staatsrat.

Berlin, 17. Januar. Der preussische Staatsrat erteilte dem Präsidenten und dem Vorsitzenden des Gemeinde- und Reichstageschuldes die Ermächtigung, auf einen Einspruch gegen den im